

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

47 (28.2.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familiensitz“**.

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilagen- oder deren Raum 25 Pfg. Restanten 60 Pfg. Kofalangehen billiger. Bei öfterer Wiederholung erlipfender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: **Franz W a h l**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: **Hermann W a h l e r** in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: **Hermann W a h l e r** in Karlsruhe.

Die Geschichte eines Buches.

Wer die politische Korruption unter dem Regime Bülow studieren will, der muß sich die Geschichte des Buches „Fürst Bülow und seine Zeit“ vor Augen halten. Die Fiktion des preussischen Abgeordnetenhauses haben hierzu genügend Material. Diese schmeicheleiche Lobreise ist verfaßt von „Germanus“, wer steht hinter dem Pseudonym? Der Redakteur der „Täglichen Rundschau“, F. St. Neumann. Der Gedanke zu dieser Schrift aber stammt von einer antiken Stelle, die auch das Material lieferte; erst sollte Herr Nippel von der „Täglichen Rundschau“ das Buch schreiben; aber er fühlte sich doch dazu noch zu gut; darum mußte der 2. Redakteur dieses Blattes daran glauben. Er und seine zwei Verleger kamen allerdings dabei auf ihre Rechnung, hatte doch der Reichskongress an die nachgeordneten Behörden verfügt, man möge nicht nur für die überlieferten Bücher danken, sondern dem Schriftsteller auch einige anerkennende Worte schreiben. Welche Perspektive eröffnete sich da nicht erst für einen Mann, der den ersten Beamteten des Reiches, der vom Selbstlob lebte, so verderrückte?

Der Lohn ließ auch nicht aus; in kurzer Zeit erschienen zwei Ausgaben. Der Minister des Innern empfahl das Buch den nachgeordneten Behörden. Aber das sollte Minister von Wolke recht schlecht bekommen, denn in dem Buch stehen Stellen, die mehr als eigenartig klingen. Da heißt es über den Minister Staudt: „Die Vereinfachung des Ministeriums von Staudt, der sich mit Hilfe der Vereinfachung seiner Gattin bei der Wirthschaft der Kaiserin und damit auch des Kaisers eingeheilt hatte, ist allseitig fast wie die Befreiung von einem Alpdrück empfunden worden. Und nicht mit Unrecht, denn Staudt war die sicherste Stütze des ultramontanen Systems.“

Er war das Prototyp eines Ministers, wie er nicht sein soll. Er hatte stets nur persönliche, nie sachlichen Grundsätze und machte den Eindruck, „nach oben“ zum alleinigen Wohlwollen bestrebt, was er tat. Er hat mit dem Pfunde der seiner speziellen Dohut anvertrauten Kulturkritiker nicht gehandelt, sondern es verächtlich, sobald er dafür ein freundliches Binseln aus Zentrumsaugen austauschen konnte.“

Da wurde gegen die konservativen Führer gesagt: „Das Wahlrechtsprogramm der Regierung ist ihnen (den Konservativen des Reichstages) schimpflich; denn neben der rechtmäßigen Herrschaft Wilhelm's II. hat sich längst das ungehörige sömönigum Ernst von Seydewitz und der Bode aufgetan und ist seitdem, zum heimlichen Staifertum emporzuwachsen. Und wie in der Geschichte die ganz Großen sich häufig jenseits von Gut und Böse stellen, so auch jetzt die Hämlein Heydenreichs und der „Kreuzzeitung“. Sie haben es früher mit uns für das Größtlichste gehalten, was ein zur Vertretung des Volkes Berufener tun könne; Die Vereinfachung persönlicher Postulate mit dem Parteiprogramm, die Wegnahme vaterländischer Bewilligungen von heimlich gewählten Kongressionen auf parteipolitischen Sondergebieten. Sie haben vom preussischen König und seiner Regierung Wortbruch verlangt, das Opfer des Jantellets, für das sie „den das Doppelte und Vielfache der geforderten wirklichen Besitztümer hingegeben hätten. Und als man sie dort abwiebs, da haben sie in ohnmächtiger Wut alles getrimmelt und getretten, was König und Volkstum inzwischen in freudig nationalem Einklang geschaffen, um zuletzt denjenigen Staatsmann aus dem Arme zu eckeln, der gemeinlicher Vertrauens-

mann des Kaisers und der Nation war.“ Der Minister war wohl selbst erschrocken, als er zum ersten Mal hörte, was er eigentlich empfinden hatte und sammelte nun selbst eine Entschuldigung an: Er habe das Buch, von dem er erst geschrieben hatte, daß er „von dessen Inhalt mit Interesse Kenntnis genommen“ habe, nur „flüchtig durchgeblättert“ und identifiziert sich mit seinem Inhalte in keiner Weise, auch die „Kreuzzeitung“ habe dieses Buch empfohlen und gerade diese Empfehlung habe ihm vor elegen, als ein Geheimrat um die Empfehlung habe den von allen konservativen hochverehrten Minister von Staudt sind in dieser Beziehung sehr energisch zurückgewiesen worden als „eine grobe Entstellung und Verfeinerung des Verdienstes, das sich der genannte Minister um das Zustandekommen des Schulunterrichts, welches erworben, sowie der Stellung, die er hierbei dem Zentrum zu gewinnen hatte“. Auch die anderen auf kulturkampferische Neigungen des Verfassers zurückzuführenden Extrazugaben des Buches sind in dieser Beziehung genügend gekennzeichnet worden, und es wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Verfasser eine Vorrede für den Nationalliberalismus schreibe. Die „Kreuzzeitung“ empfahl das Buch aber der Kenntnisnahme ihrer Leser, deren politisches Verständnis sie die Schwächen seiner Darstellung insoweit erkennen lassen.“

Darum geht hervor, daß sie das Buch gründlich kritisiert hat. Die Kritik kommt aus der Feder eines früheren sehr verdienten konservativen Parlamentarier, der einem politischen Gegner kein übertriebenes Wohlwollen entgegen zu ringen gewohnt ist. Der Minister hat sich also durch diese Verurteilung nur noch mehr in die Ariste gelegt.

Man hat hier ein Musterbeispiel davon, wie unter Bülow genüchert worden ist: elende Schmeichelei gegen den verantwortlichen Leiter der Politik an allen Ecken und Enden. Heute schämt man sich überall, wo man an diese Vergangenheit erinnert. Die Hufe und Zurückhaltung des heutigen Reichskongresses stehen sehr vornehm gegen den beifallsüchtigen Vorgänger ab.

Es ist wahr und wird von niemanden bestritten werden wollen, jedenfalls nicht bestritten werden können, daß es viele „Arme“ gibt, die in traurigen Verhältnissen ihr Leben dahinschieben. Natürlich läßt es sich nicht feststellen, wie stark der Prozentsatz dazwischen liegt, die in durchsichtiger Selbstverachtung dem Gend sich befinden. Daß es sehr viele solcher gibt, kann mit Grund nicht bestritten werden. Es gibt ja nicht wenige, die schon in ganz anderen Verhältnissen gelebt haben und nicht wenig andere, die leicht in viel bessere Verhältnisse hätten kommen können. Die einen sind heruntergefallen, weil sie nicht den Willen hatten, sich oben zu halten, was ihnen leicht gewesen wäre. Die anderen haben nicht den guten Willen, emporzukommen, was ihnen gleichfalls leicht gewesen wäre; bei den einen, wie bei den anderen selbstredend Energie und Fleißerfüllung vorausgesetzt. Ein sehr starker Prozentsatz der Armen ist Wegfall, wenn es daran nicht so häufig fehlen würde. Ein „Los“ wie das des unglücklichen Mannes von Zaubersdorffsbheim hat nirgends ein „Armer“, ohne daß er selbstverschuldet ist.

Unbestreitbare Tatsache ist es ferner, daß ein starker Prozentsatz von Menschen aus der „Armut“ heraus in gute Verhältnisse aufsteigt: sehr viele davon nicht etwa durch besondere Glücksfälle, sondern durch eigene Tüchtigkeit und redliche Arbeit.

Wäre als früher erleichtern die Verhältnisse ein solches Emporkommen.

Weniger als früher tragen die Verhältnisse die Schuld daran, wenn viele aus der Armut nicht herauskommen.

Das ist unbestreitbare Wahrheit.

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.
Erste Kammer.
6. Sitzung.
B.Z.K. Karlsruhe, 26. Febr. 1910.

Präsident Prinz Max eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Ministerisch: Staatsminister von Dink, Minister von Marichall.

Nach Verlesung des umfangreichen Einkaufs legt Präsident Prinz Max dem Haus die Frage vor, ob das Haus die Frage der Feststellung der Anwesenheit der Mitglieder des Hauses mit Bezug auf die Verurteilung der Aufwandsentschädigung einer Kommission unterbreitet oder im Wortlaut der Zweiten Kammer angenommen werden soll. Das Haus ist mit der vorgelegenen Aenderung einverstanden.

Herr. Böcklin von Wöllinsau berichtet über die in den Jahren 1908 und 1909 erteilten Administrationskredite. Alle Titel haben die Genehmigung der Kommission gefunden. In der Zweiten Kammer hat der Titel für das Landesgefängnis in Mannheim Beanstandung gefunden. Die Sache hat sich aber als ziemlich harmlos herausgestellt. Der ganze Bau komme auf 3 500 000 Mk. Bei oberflächlicher Betrachtung mache die Summe den Eindruck, daß eine Ueberschreitung vorliege. Das sei aber nicht der Fall. Die Zweite Kammer hat das Gefängnis befreit, sich aber doch nicht befehrt von der Ansicht, daß die Einrichtung doch etwas luxuriös sei. Zur Referent hat sich diesem Ausfluß angegeschlossen und gefunden, daß dieses Gefängnis auf

weite Bevölkerungskreise nicht abschreckend wirken. Mancher, der sich sonst um sein Fortkommen plagen muß, kann sich hier den Genuß einer gutgeheizten und beleuchteten Wohnung auf billige Weise verschaffen. Beim Kollegenhaus in Freiburg ergibt sich eine Ueberschreitung von 800 000 Mk. Die Kommission verkennt die technischen Schwierigkeiten nicht, sie ist aber doch der Ansicht, daß die Prüfung durch die Ministerialbaukommission nicht hinreichend war. Solche Ueberschreitungen sollten nicht mehr vorkommen. Die für die Bahnhöfe in Radolfzell und Offenburg angeforderten Administrationskredite betragen zusammen über 3 Millionen. Die Kommission erlaubt sich die Anfrage, was die Regierung veranlaßt, das Baitempo so zu beschleunigen. Der provisorische Bahnhof in Offenburg sei so gebaut, daß er gut als dauernde Einrichtung gelten könnte. Redner regt an, ob nicht die Bahnhöfe überhaupt nur in provisorischer Weise gebaut werden sollen, da sie doch immer abgeändert werden müssen.

Ministerrat Dr. Hübsch äußert sich zum Landesgefängnis in Mannheim. Was die Beanstandung anlangt, daß der Bau zu reichlich eingekredelt sei, so daß einer verurteilt sein könnte, dort längeren Aufenthalt zu nehmen, so möchte ich sagen, daß alle Fortschritte im Gefängnisbau berücksichtigt wurden. Es ist auch im anderen Hause nicht gesagt worden, worin die zu reichliche Ausstattung erblickt wird. Es scheint der gesamte Eindruck des Gefängnisses gemeint zu sein. Das elektrische Licht würde in Interesse der Sicherheit eingeführt. Im Männerzuchtbaus in Bruchsal hat mir ein Anwalt gesagt, wenn ich am Sonntag eine Stunde Spaziergang und ein Viertel Wein bekomme, bleibe ich mein Lebtag hier.

Oberbürgermeister Winterer freut sich über die Verteidigung der Regierung betr. das Kollegenhaus in Freiburg. Vor Beginn des Baues mußten 1 700 000 Mark ausgeworfen werden. Wo man heute für ein Schulhaus 700 000 bis 800 000 Mk. ausbe, sei das eine zu geringe Summe gemeint. Ich bin herzlich erfreut, daß der Minister die Verantwortung für die Ueberschreitung übernommen hat und danke ihm dafür.

Herr. Kat Dr. Böhm: Besser als der Vordredner könne er die Sache nicht vertreten. Es war ein Fehler, daß die Verwaltungsbeamten bei der Aufstellung der Berechnungen zu optimistisch waren. Durch den Wechsel im Architekturstund und andere widerige Umstände sind die Ueberschreitungen herausgekommen. Das kam aber auch bei verschiedenen Bauten der Städte sowie im Ausland vor. Wir liegen uns angelegen sein, etwas Rechtes zu schaffen.

Minister v. Marichall: Der Berichterstatter hat um Auskunft über die Beschleunigung des Bautespos bei den Bahnhöfen in Radolfzell und Offenburg gewinkt und warum Administrationskredite in so hohem Grade angefordert werden. Das ist auf Anregung des hohen Hauses gegeben. Die Eisenbahnverwaltung hat sich bestrebt, das Budget mehr der Wahrheit entsprechend zu gestalten, wenn es ihr unbenommen bleibt, wenn nötig, Administrationskredite anzufordern. Die technischen Fortschritte haben die Ueberschreitung begünstigt. Wir konnten deshalb die Unternehmer nicht zurückhalten und fordernde deshalb für Radolfzell 650 000 Mark. Meinlich

Baden.
Karlsruhe, 28. Februar 1910.

Wie Alles zur sozialen Verheerung verwendet wird.
„Das Los der Armen!“
In Nr. 50 der Mannheimer „Vollstimme“ vom 21. Febr. war zu lesen:
„Gutach (Schwarzw.), 18. Febr. Auf der Suche nach Raubwild fanden Jäger von Steinbach in einer Hütte in der Nähe des Südersees die Leiche eines älteren Mannes. Bei näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Tote der 60 Jahre alte Müller Jakob Höpffing aus Zaubersdorfsheim ist, der seit langem den Schwarzwald und das badische Oberland heidend durcharbeitete und wegen seines Alters und seiner Gebrechlichkeit keine Arbeit mehr finden konnte.“

Steinbach leidet zur ausgedehnten Gemeinde Gutach. Wenn das Tatfache diese Erzählung richtig ist, dann kann man an sich nicht gegen dieselbe einwenden. Allein das sozialdemokratische Blatt hat ihr den Titel vorgelegt:
„Das Los der Armen!“
Darin liegt eine grobe Verletzung der Wahrheit und zugleich eine Verheerung schlimmer Art.

Man hat hier ein Musterbeispiel davon, wie unter Bülow genüchert worden ist: elende Schmeichelei gegen den verantwortlichen Leiter der Politik an allen Ecken und Enden. Heute schämt man sich überall, wo man an diese Vergangenheit erinnert. Die Hufe und Zurückhaltung des heutigen Reichskongresses stehen sehr vornehm gegen den beifallsüchtigen Vorgänger ab.

troß der Gegenverstellungen der Arme wurde der arme Knabe angehalten, morgens und abends lange, ermüdende Spaziergänge in dem Parke zu machen. Kam er dann erschöpft und keuchend nach Hause, so deutete das hinterlistige Weib wohl auf das bestische Not der durchsichtigen Wangen und bries es gegen ihren Mann als ein Zeichen zurückkehrender Gesundheit.

Eines Abends wurde das Haus durch die Arme in Alarm gesetzt, welche den besinnungslosen Knaben auf ihren Armen herbeiführte. Er war aus Schwäche ohnmächtig geworden.

„Milady hat ihn endlich umgebracht!“ bemerkte das treue Geschöpf bitter. — Diese Worte wurden nimmer vergessen. Jung, wie sie war, drangen sie tief in das Herz der weinenden Mary, die von dem Augenblick an ihre Stiefmutter mit einem Gemisch von Widerwillen und Furcht betrachtete.

Doktor Tronion wurde gerufen. Der Fall entschuldigte nach des Barons Meinung eine solche Herablassung. Als er das Kind sah, erklärte er, es sei keine Rettung mehr möglich. Von Stund an war Lady Alicia Gaston die Aufopferung selbst, sie machte die Nacht über bei dem Kranken und zog sich nur zurück, als die Wärterin ihr sagte, der junge Herr schlafe. — Sobald sie sich entfernt hatte, schlug der Knabe die Augen auf und schaute seine Arme an mit der Frage, ob er recht böse gewesen sei. — „Wie, Du Goldkind!“ wiederholte Alice Powers, „das bist Du nie gewesen.“ — „Ich stelle mich nur schlafend.“ sagte das Kind. — Und warum denn das. Liebchen?“ — „Weil ich Lady Alicia gerne fortgehob hätte.“ antwortete ihr Pflügelgeflügel. „D bitte: rufe mir Mary, mir ist so sehr zu Mute.“ Sa-

bin ganz starr. Und sieh! meinen linken Fuß kann ich gar nicht mehr bewegen.“

Die Arme fuhr mit der Hand unter die Decke: der Fuß war kalt. — „Rufe niemand, o bitte, niemand!“ rief der Knabe und blickte ihr mit gefalteten Händen stehend ins Gesicht, „niemand als Mary!“ — „Rufe nicht?“ — Der Knabe schüttelte den Kopf. — „Rufe nicht?“ wiederholte Alice. — „Rufe nicht mich nicht.“ verlegte Albert traurig. — Das treue Geschöpf ging leise in das antöfende Zimmer, wo das Schwesterchen schlief, nahm sie auf den Arm und trug sie halb erstickt und nur halb wach in das Zimmer des Bruders, wo sie dieselbe zu ihm ins Bett legte.

„Fürchte Dich nicht, Mary.“ sagte das sterbende Kind und legte seinen Arm um ihren Hals. „Ich sterbe, aber ich fühle keine Schmerzen. Ich mag nur Dich um mich haben und Alice. Kisse mich, Mary.“ Das Kind bedeckte seine blauen, eingefallenen Wangen mit Tränen.

Der arme Knabe schmiegte sich dicht an die Schwester, küßte sie, dann schloß er die Augen und atmete schwer. Als sie sich wieder öffneten, war es denn Lichte des Himmels. So sonst entloß der Geist von Sir Barnards jungem Erben, daß die Arme, die in seinem Bett wachte, dessen Hincheiden nicht irgendwie bemerkte, sondern die vorgegangene Veränderung erst aus dem konvulsivischen Schludzen Marys und dem wiederholten Ausruf des Wortes „kalt“ wahrnahm. Das Leidenbegangnis des Erben wurde mit all dem Pompe gefeiert, welcher nur zu häufig die Herzlosigkeit der Trauernden verbirgt.

Einen Monat später wurde Alice Powers ihres Dienstes entlassen: Lady Alicia konnte ihren Anblick nicht ertragen. (Fortf. folgt.)

Lämon Gold
oder das Erbe von Moultry Hall.
Dramenroman aus dem Englischen des F. J. Smith in freier deutscher Bearbeitung von **Max Rad** (Hofbes.)

(Fortsetzung.)
3. Kapitel.

Sir Barnard Gaston war ein Baron von sehr altem Adel, in der Tat so alt, daß es ihm ging wie dem Wein, der — zu lange auf Lager gehalten — am Ende den Wohlgeschmack verliert. In frühem Alter verwaist, war Sir Barnard von seinem Großvater Sir Edward Gaston erzogen worden, mit dem er weder von Person, noch der Gesinnung nach Ähnlichkeit hatte. Allgemein glaube man, es müßte zwischen den beiden zu Kollisionen kommen, doch kam es nicht zu. Im Gegenteil befehrt der alte Mann bis zu seinem Ende einen unumschränkten Einfluß auf seinen jugendlichen Erben, der auf sein Geheiß mit Lady Alicia Raymond, mit der er eng liebt war, brach, um — wenige Monate vor erlangter Volljährigkeit — die einzige Tochter und Erbin von Sir Robert Penquin zu heiraten.

Er hatte für seine Nichte wenigstens eine Entschädigung: die Dame war die rechte Partie der Gesellschaft. Zwei Jahre vorher erbe die Baronie, und erkreute sich kaum mehr als ein Jahr seines Titels, als der Tod seiner Frau ihn in den Stand setzte, dem Gegenstande seiner früheren Heirat seine Hand anzubieten. Kaum war das Trauerjahr verfließen, so wurde auch wirklich aus Lady Alicia Raymond — Lady Alicia Gaston. Anfangs ging nichts über die Zärtlichkeit, welche sie gegen die mütterlichen Kinder ihrer Vorgängerin, Albert und

Mary, an den Tag legte. Alice Powers, die alte Arme, war ihre begeisterte Lobrednerin. Milady galt als das Mutter einer Stiefmutter. Selbst die Verwandten der ersten Frau, bekanntlich nicht leicht zu befriedigenden Personen, gaben zu, daß Sir Barnard durch seine zweite Wahl große Weisheit vertrat habe.

Es ist anzunehmen, daß Lady Alicia das ihr so reichlich spendende Lob auch in der Folge verdient hätte, wäre ihre eigene Ehe kinderlos geblieben. Aber dies war nicht der Fall. In drei Jahren sah sie sich Mutter eines Sohnes und einer Tochter, und ihr Herz wendete sich allmählich um. Zuerst ward es gleichgültig, dann kalt, schließlich hart gegen ihre Stiefkinder. Nicht, daß sie sich herabgelassen hätte, sie zu mißhandeln; dazu war sie zu klug und zu wohl erzogen. Aber wie ein Schatten glitt sie zwischen sie und die Liebe ihres Vaters hinein. Liebte Sir Barnard in ihrer Gegenwart seinen Erstgeborenen, Albert, so schloß sie ihren Sohn weinend in ihre Arme. Was Wunder, wenn der kleine Egbert früh genug seinen Bruder hassen lernte. Mit Mary wurde ein anderes System befolgt. Ueber sie hatte die Gouvernante stets etwas zu sagen, bald über Ungehorsamkeit, bald über Unfolgsamkeit, während Laura, ihre jüngere Schwester, als ein Wunder von Bestand und Gehoriam bezeichnet wurde. Der Baron hörte diese Dinge so oft wiederholen, daß er sie am Ende glaubte.

Im Alter von zehn Jahren begann die Auszehrung, diese unheilbare Krankheit, die ihm die Mutter geraubt, sich in dem jungen Erben zu entwickeln. Lady Alicia bestand darauf, frische Luft und Bewegung reichen vollkommen hin, ihn wieder kräftig und gesund zu machen wie ihren eigenen lieben Egbert, und

Er hatte für seine Nichte wenigstens eine Entschädigung: die Dame war die rechte Partie der Gesellschaft. Zwei Jahre vorher erbe die Baronie, und erkreute sich kaum mehr als ein Jahr seines Titels, als der Tod seiner Frau ihn in den Stand setzte, dem Gegenstande seiner früheren Heirat seine Hand anzubieten. Kaum war das Trauerjahr verfließen, so wurde auch wirklich aus Lady Alicia Raymond — Lady Alicia Gaston. Anfangs ging nichts über die Zärtlichkeit, welche sie gegen die mütterlichen Kinder ihrer Vorgängerin, Albert und

Mary, an den Tag legte. Alice Powers, die alte Arme, war ihre begeisterte Lobrednerin. Milady galt als das Mutter einer Stiefmutter. Selbst die Verwandten der ersten Frau, bekanntlich nicht leicht zu befriedigenden Personen, gaben zu, daß Sir Barnard durch seine zweite Wahl große Weisheit vertrat habe.

Es ist anzunehmen, daß Lady Alicia das ihr so reichlich spendende Lob auch in der Folge verdient hätte, wäre ihre eigene Ehe kinderlos geblieben. Aber dies war nicht der Fall. In drei Jahren sah sie sich Mutter eines Sohnes und einer Tochter, und ihr Herz wendete sich allmählich um. Zuerst ward es gleichgültig, dann kalt, schließlich hart gegen ihre Stiefkinder. Nicht, daß sie sich herabgelassen hätte, sie zu mißhandeln; dazu war sie zu klug und zu wohl erzogen. Aber wie ein Schatten glitt sie zwischen sie und die Liebe ihres Vaters hinein. Liebte Sir Barnard in ihrer Gegenwart seinen Erstgeborenen, Albert, so schloß sie ihren Sohn weinend in ihre Arme. Was Wunder, wenn der kleine Egbert früh genug seinen Bruder hassen lernte. Mit Mary wurde ein anderes System befolgt. Ueber sie hatte die Gouvernante stets etwas zu sagen, bald über Ungehorsamkeit, bald über Unfolgsamkeit, während Laura, ihre jüngere Schwester, als ein Wunder von Bestand und Gehoriam bezeichnet wurde. Der Baron hörte diese Dinge so oft wiederholen, daß er sie am Ende glaubte.

Im Alter von zehn Jahren begann die Auszehrung, diese unheilbare Krankheit, die ihm die Mutter geraubt, sich in dem jungen Erben zu entwickeln. Lady Alicia bestand darauf, frische Luft und Bewegung reichen vollkommen hin, ihn wieder kräftig und gesund zu machen wie ihren eigenen lieben Egbert, und

Mary, an den Tag legte. Alice Powers, die alte Arme, war ihre begeisterte Lobrednerin. Milady galt als das Mutter einer Stiefmutter. Selbst die Verwandten der ersten Frau, bekanntlich nicht leicht zu befriedigenden Personen, gaben zu, daß Sir Barnard durch seine zweite Wahl große Weisheit vertrat habe.

Es ist anzunehmen, daß Lady Alicia das ihr so reichlich spendende Lob auch in der Folge verdient hätte, wäre ihre eigene Ehe kinderlos geblieben. Aber dies war nicht der Fall. In drei Jahren sah sie sich Mutter eines Sohnes und einer Tochter, und ihr Herz wendete sich allmählich um. Zuerst ward es gleichgültig, dann kalt, schließlich hart gegen ihre Stiefkinder. Nicht, daß sie sich herabgelassen hätte, sie zu mißhandeln; dazu war sie zu klug und zu wohl erzogen. Aber wie ein Schatten glitt sie zwischen sie und die Liebe ihres Vaters hinein. Liebte Sir Barnard in ihrer Gegenwart seinen Erstgeborenen, Albert, so schloß sie ihren Sohn weinend in ihre Arme. Was Wunder, wenn der kleine Egbert früh genug seinen Bruder hassen lernte. Mit Mary wurde ein anderes System befolgt. Ueber sie hatte die Gouvernante stets etwas zu sagen, bald über Ungehorsamkeit, bald über Unfolgsamkeit, während Laura, ihre jüngere Schwester, als ein Wunder von Bestand und Gehoriam bezeichnet wurde. Der Baron hörte diese Dinge so oft wiederholen, daß er sie am Ende glaubte.

Im Alter von zehn Jahren begann die Auszehrung, diese unheilbare Krankheit, die ihm die Mutter geraubt, sich in dem jungen Erben zu entwickeln. Lady Alicia bestand darauf, frische Luft und Bewegung reichen vollkommen hin, ihn wieder kräftig und gesund zu machen wie ihren eigenen lieben Egbert, und

war es in Offenbourg. Sympathisch haben mich die Worte des Berichterstatters über das Provinzium in Offenbourg berührt. Wir haben den alten Güterbahnhof von Radolfzell hierzu verwendet. Was die Provinzoren so angenehm mache, sei, daß sie hell und licht sind, wie es ein Bahnhof überhaupt sein soll. Der architektonische Schmuck der Bahnhöfe, wie er bisher üblich war, ist geradezu dem Zweck der Bahnhöfe, die möglichst licht und hell sein sollen, entgegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie der Meinung zum Durchbruch verhelfen würden, daß die Bahnhöfbauten nicht als Monumentalbauten, sondern nur als langfristige Provinzoren erfüllt werden sollen.

Berichterstatter **Herr Böcklin von Böcklinsau** äußert sich im Schlußwort zu dem Landesgefängnis in Mannheim, wo der Krankenfall schöner sei als in der Universitätsklinik in Freiburg und freut sich der Zustimmung des Ministers in der Bahnhofsfrage. Es ist nicht richtig, einen Monumentalbahnhof zu bauen. Er ist einmal nicht ästhetisch. Der Reisende ist froh, wenn er ihn möglichst bald hinter sich hat.

Die Administrativkredite werden angenommen. Ueber das Kultusbudget berichtet **Herr von La Roche-Starkenfels** und legt zunächst die budgetmäßigen Anforderungen dar unter Begründung der Mehrforderung mit den vermehrten persönlichen Aufwänden. Die finanzielle Lage der Kirche ist schwierig. Auf den Wegfall der Staatsdotations von 1914 an soll nicht weiter eingegangen werden.

Das Budget des Kultus wird debattelos genehmigt.

Ueber die Budgettitel **Hochschulen** berichtet **Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin**. Er beantragt, die Position in Uebereinstimmung mit dem anderen Gange zu genehmigen. Ein Teil der Mehrforderung für die Technische Hochschule sei zurückzuführen auf den Rückgang der Frequenz und damit auf den Ausfall an Kollegiengehältern. Baden wendet für seine drei Hochschulen unerbittlich viel auf, nämlich im Ordinarium 28 Millionen. Das ist im Verhältnis zu anderen Staaten außerordentlich viel. Bayern hat vier Hochschulen. Nach seiner Bevölkerungszahl von 6,5 Millionen müßte es nach badischem Maße gemessen 9,1 Millionen aufwenden; es wendet aber nur 3,7 Millionen auf. Sessen mit einer Bevölkerung von 1,2 Millionen müßte 1,6 Millionen aufwenden, es wendet aber nur 1,4 Mill. auf. Ueberall geht das durch, daß Baden mehr aufwendet als alle anderen Staaten. Es muß gepart werden, aber das Bestehende müssen wir erhalten. Bauen wir ein paar Jahre lang keine unrentablen Eisenbahnen, so haben wir Geld. Heidelberg hat am meisten Studentinnen. Ich weiß nicht, ob wir uns darüber freuen sollen. Bezüglich der Technischen Hochschule bittet Referent, dem Diplomezeugnis eine größere Freizügigkeit zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß es eine Gleichwertigkeit in anderen Staaten speziell in Preußen erlange.

Man hat von einem Bildungsproletariat gesprochen. Dem Abgehenden Schwachbegabter möchte er nicht das Wort reden; es würde nicht ohne Mißgriffe abgehen. Die Erziehung der Prüfungen würde nur noch eine größere Schere im Gefolge haben. Man spricht vom Bildungsproletariat. Man könnte ebenso sprechen von einer Verbildung des Proletariats. Er meine nicht das landläufige Wort Proletariat, sondern die Sozialdemokratie. Er anerkenne den Wissensdrang der Arbeiter. Aber wenn man sich ansehe, was den Leuten geboten werde, würde bedenklich. Da werden Thematata behandelt wie von Kant bis Nietzsche, ja sogar religions-philosophische Thematata. Das sind doch Brocken, von denen man fürchten muß, daß sie dem Arbeiter im Hals stecken bleiben. Statt Bildung wird hier vielfach das Gegenteil erreicht, Verbildung und Einbildung. Er möchte vor dieser Ueberfütterung mit solchen Gegenständen warnen. Redner gratuliert der Handelshochschule in Mannheim zu der hochherzigen Langzeitigen Stiftung, die ihr in den letzten Tagen zugewiesen wurde. Der Familie Lang soll auch hier der wärmste Dank ausgesprochen werden.

Geh. Kirchenrat Trösch: Die beiden Universitäten Heidelberg und Freiburg sind vollständig gleichwertig. Es herrscht ein gutes Vertrauen. Wir haben aber auch eine Reihe von Wünschen. Zunächst möchte ich erwähnen den Wegfall der Nebenbezüge für die Unterbeamten. Dieser Wegfall sei vielfach inhuman. Der gute Wille des Ministeriums ist hier nicht allein entscheidend. Ferner möchte ich die Verpflegung in der theologischen Fakultät erwähnen. Bei dem Vorschlag kommt nicht allein die Fakultät, sondern der Senat in Betracht. Es seien ganz hervorragende Männer vorgeschlagen worden. Es wurden auch Männer vorgeschlagen, die nicht literarisch tätig und so eigentlich unbeschriebene Blätter waren. Diese wurden dann im Einvernehmen mit der Oberkirchenbehörde berufen. Wir haben zu bedenken, daß für diese Verpflegung die Bekanntheit der literarisch tätigen Kollegen ein Hindernis war, während die anderen nur wegen ihrer Unberühmtheit berufen wurden. Das sei für den Nachwuchs bedenklich. Es führe zu dem Paroxysmus: Um Gotteswillen schreiben Sie nur keine Bücher; Sie berufen sich und uns nur Schwierigkeiten. Redner verbreitet sich über die ungenügenden Kammerverhältnisse in gewissen Hörsälen und Kliniken in Heidelberg. Es sollte Luft geschaffen werden. Es sind nicht die Bedürfnisse der Gelehrten, sondern der Kranken, deren Unterbringung schwer ist. Es sollte ein weitläufiger Plan geschaffen werden. Wir haben uns den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, wie der Staat die Sache macht, die jedenfalls Millionen kostet. Wir wollen keine Paläste. Die wollen nur die Kräfte. Wir begnügen uns mit Bänken, die aussehen, wie eine Fabrik. Wir wollen dort arbeiten. Was wir bedürfen, ist nicht eine glänzende Repräsentation, sondern Arbeitsräume, die dem Fortschreiten der Bedürfnisse Rechnung tragen und entwicklungsfähig sind. Es ist wohl möglich, die beiden Hochschulen auf ihrer Höhe zu halten, aber es müssen weitere Räume geschaffen werden. Die Sitzungen haben den Fakultäten bisher nicht viel genutzt. Die Nachricht über die uns zufallende Londoner Millionenentstiftung ist richtig. Wir müssen nur noch bis zum Ableben der Witwe warten. Cliquenwesen ist mir in meiner Praxis sehr wenig vorgekommen, ebensowenig Nepotismus. Womit Sie zu rechnen haben, das ist der

Cherz der Professoren, tüchtige Männer zu gewinnen.

Geh. Hofrat Schmidt verbreitet sich über das Freiburger Kollegienhaus. Ich habe anzuerkennen die Energie des Architekten, die Fürsorge der Regierung und der Stände, insbesondere anerkenne er die Bewilligung des Administrativkredits. Für uns wäre es ein vernünftiger Schlag gewesen, wenn durch die Nichtbewilligung des Administrativkredits der Bau weiter verzögert worden wäre. Die Hauptsache ist, daß das Schiff durch all die Klippen ohne Schaden hindurch kam. Seinen Beschlüssen über die künstlerische Wirkung des Baues, den er vor zwei Jahren zum Ausdruck brachte, müsse er richtig stellen; die Notlage ist groß. Die Universität ist daran, sich in ihre Elemente anzulösen; sie gleicht einer beweglichen Ruine. Die rüstigen Schreibstühle nehmen die Kreise nicht mehr auf. Die Stühle der Katheder starren und kürzlich ist es vorgekommen, daß ein solcher, trotz wiederholter Reparatur, unter einem würdigen, ruhigen Herrn zusammenbrach. Bei der Verteilung der Hörsäle finde ein förmliches bellum omnium contra omnes statt und es bedarf des Aufwands aller Kollegialität, um hier nicht Ungehörigkeiten aufkommen zu lassen. Redner verteidigt den Umstand, daß in der Geschichte Nichtsdanerer dozierten. Wir haben gerade in der historischen Wissenschaft eine äußerst glückliche Kombination. Redner bedauert das Minus gegenüber Heidelberg von 250 000 M., das sich durch die Bedürfnisse der dortigen inneren Klinik nicht erkläre. Wir wünschen vergebens einen dritten Diener für die Bibliothek. Da ist es uns schmerzlich, daß Heidelberg deren vier hat. Es wird immer wieder unser Ceterum censeo sein, daß beide Universitäten gleichzustellen sind. Der Direktor des botanischen Instituts ist nur im Vertrauen darauf, daß die Zuzüge betr. die Anlage des botanischen Instituts erfüllt werde, geblieben. Bei seiner Berechnung kam er approximativ zu einer Summe von einer Million. In einer Form, die fast eine Küge gleichkomme, habe die Regierung erklärt, daß diese Summe unerreichbar sei. Er war gerne zu Kompromissen bereit. Redner bedauert, daß trotzdem die Sache nicht vorwärts gehe. Das sei nicht ein vereinzelter Fall. Wir laufen Gefahr, daß uns so bedeutende Lehrkräfte verloren gehen. Er möchte der Regierung gegenüber die Bitte aussprechen, ob nicht in einem Nachtragset eine Position für das botanische Institut eingeschaltet werden könnte. Redner bespricht die Assistentenfrage. Die älteren Assistenten sind in Freiburg viel ungünstiger durchgegangen als die jüngeren. Auch gegenüber Heidelberg sei Freiburg in dieser Richtung schlechter gestellt. Er bitte die Regierung, diesen Verhältnissen ihr Augenmerk zu schenken. Der Institutsdirektor kann heute nicht mehr alles allein machen; er braucht eine kleine Gruppe von Assistenten. Leider müßte er auch auf die Nebengehälter eingehen. Durch diese harte Maßregel werden die zwei Beamten des Sekretariats schwer getroffen. Der eine erleidet einen Ausfall von 700, der andere von 800 M. Es fehle in Freiburg auch die Möglichkeit, durch eine Verschiebung den Ausfall auszugleichen, der 25 Proz. des Gehalts betrage. Der erste Beamte konnte erst 1916 auf den Gehalt, den er bisher gehabt habe. Der zweite Beamte wurde zurückgehoben auf den Stand seines Gehalts, den er beim Eintritt seiner Stelle vor 6 oder 7 Jahren bezog. Ebenso verweist Redner auf die Folge des Wegfalls von Prämien, der beim Gasverbrauch die Mehrausgabe von 1000 M. verursacht. Die Gleichmaderie sei kein absoluter Wert und werde nur von der Majorität der Kollegen verlangt. Die Regierung müsse da nicht folgen. An der Universität werde durch solche Maßnahmen nur die Ungleichheit noch größer. Es ist ihm meine Meinung und die meiner Kollegen, daß die Nebenbezüge erst bei einer Neuorganisation des Amtes gestrichelt werden sollen. Wenn im anderen Sinne gesagt wurde, daß unter den akademischen Kreisen beider Universitäten eine Eifersucht bestehe, müßte er entschieden widersprechen. „Die Leute sollten froh sein, daß sie zwei solche Kerle haben.“

Graf Helmstatt tritt ebenfalls für die klinischen Institute in Heidelberg ein und widmet ihnen Anerkennung. In der 3. Klasse herrsche ein großer Platzmangel. Es ist hier Grundriss, niemandem abzuweisen, der der klinischen Behandlung bedarf. Die Betten werden sehr nahe zusammengedrückt, Stühle und Badewannen werden zu Lagern verwendet, selbst auf den Korridoren und auf den Speichern untergebracht.

Freiherr von La Roche will sich noch zur Frage der Verlegung der theologischen Fakultät äußern. Die kirchlich positive und die liberale Richtung sei in der Landeskirche ziemlich gleich; in der Universität sei aber die positive Richtung nicht genügend vertreten. Das Verhältnis ist jetzt 5:1. In Preußen fönner einer an eine andere Universität gehen, wenn ihm die Verlegung nicht gefalle. Das gelte in Baden nicht. Es fürzlich zwei Lehrstellen frei wurden, glaubten wir doch berücksichtigt zu werden, wir erlebten aber eine schwere Enttäuschung. Es ist nicht richtig, von der freien Wahl der Fakultät zu reden. Die freie Wahl steht nur der Regierung zu. Seit 50 Jahren sei noch nie ein positiver Professor vorgeschlagen worden. Der jetzige positive Professor sei gegen den Willen der Fakultät ernannt worden. Die Regierung hätte allen Anlaß gehabt, hier gleichmäßiger vorzugehen. Es wurde gesagt vom Minister, daß die Ernennung im Einvernehmen mit der Oberkirchenbehörde erfolgt sei; das ist nicht vollständig richtig nach dem Evangelischen Korrespondenzblatt. Der Oberkirchenrat wurde zwar gehört; er konnte sich aber nur zu dem Vorschlag der drei liberalen Professoren äußern. Der positive Professor habe einen Separatvorschlag gemacht, der auch vom Oberkirchenrat unterfütigt wurde. Trotzdem wurde der Vorschlag der Mehrheit der Fakultät angenommen. Die Gründe dafür liegen an staatspolitischen Gebieten. Die Regierung will gewissen politischen Kreisen nicht entgegenstehen. Es ist ein Gefühl der Erbitterung entstanden. Den Postillen bleibe nichts übrig, als weiter zu kämpfen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß man nicht endlich zu einem Frieden gelangen konnte.

Staatsminister von Dusch dankt den Vorrednern für die anerkennenden Worte. Wenn nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden könne, so liege das an unrennen Finanzen. Der Berichterstatter hat mit Recht hervorgehoben, daß Baden im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl Außerordentliches für seine Hochschulen leiste. Unser Land hätte eine Hochschule zu beanspruchen, während es drei alimentieren müsse. Deshalb sei die Regierung in die Zwangslage veretzt, nur die dringenden Wünsche zu erfüllen. Die Regierung ist bemüht, Mittel und Wege zu suchen, den hier vorgetragene Wünsche zu erfüllen. Wenn eine Veränderung in Heidelberg erfolgt, muß sie in großzügiger Weise erfolgen. Dem Abg. Wildens möchte er ans Herz legen, den städtischen Anteil nicht zu schonen. Einer Universitätsstadt bleiben große Kosten für Krankenhäuser erspart, die sich in anderen Städten bis in die Millionen belaufen. Der Rückgang der Frequenz der Karlsruher Technischen Hochschule sei auf allgemeine Gründe zurückzuführen, die auch an anderen Hochschulen sich zeigen. Wir haben uns bemüht, die Anerkennung der badischen Diplomezeugnisse in Preußen zu erlangen, aber die Schwierigkeit hängt mit der Eisenbahngemeinschaft zusammen. Preußen ist derzeit mit jungen Kräften überhäuft, daß es bei der Anerkennung der badischen Diplomezeugnisse noch mehr überhäuft werden würde. Was der Berichterstatter über das Bildungsproletariat gesagt hat, kann ich unterschreiben. Ich bin auch der Ansicht, daß Nietzsche und Schopenhauer für Arbeiter nicht die richtige Kost sind. Ich spreche gerne meine Bemerkung aus über die Stiftungen für die Akademie in Heidelberg. Möchten noch viele solche nachfolgen. Die Beilegung der Nebenbezüge sei nicht auf Uebelwollen der Regierung zurückzuführen, sondern entspreche dem allgemeinen Bestreben, die Nebenbezüge auf ein gesundes Maß zurückzuführen. Wenn es an Hochschulen vorkommt, daß einzelne mit den Nebenbezügen sich hochstellen, wie in der Gehaltsklasse A, so ist das ungesund. Was Dr. Schmidt über das Kollegienhaus in Freiburg ausgesprochen hat, kann ich nur begreifen.

Er glaube, dafür einstehen zu können, daß das Kollegienhaus im nächsten Jahr bezogen werden könne. Das neue Kollegienhaus werde mit neuen Tafeln ausgestattet, ebenso mit neuen Lehrstühlen. Der Minister verteidigt die Auswahl der Professoren. Ein zutreffendes Bild über die Anstellung von Badenern könne man sich nur machen, wenn eine Statistik über alle deutschen Universitäten aufgestellt werde. Bezüglich der Verzögerung mit dem botanischen Institut in Freiburg muß berücksichtigt werden, daß das Kollegienhaus 800 000 M. mehr erfordert. Es sei ein trübseliger Zustand, wenn ein Angestellter in der Gasverwaltung in Freiburg, der früher 600 und 900 Mark Ersparungen machte, nun eine Ueberzahlung von 1000 M. mache, weil die Prämie von 60 M. wegfiel. Er hätte Lust, die Sache dienstlich zu untersuchen zu lassen.

Nun zur Verlegung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg! Ich glaube, aus den gegensätzlichen Anschauungen, die wir heute gehört haben, ergibt sich von selbst die schwierige Situation, in der sich die Hochschulverwaltung befindet bei der Verlegung der theologischen Lehrstühle. Ich gebe meiner Genehmigung Ausdruck, daß die Seite, die gegen die Regierung sich wandte, dies in einer anderen Form getan hat, die ich anerkennen kann. Leider kann ich das nicht von der Presse sagen. Ich kann in der Sache verweisen auf meinen Standpunkt von 1906 und 1908 und auf meine Ausführungen im anderen Haus. An der Spitze dieser ganzen Frage steht die eine: Soll und darf auch bei der Verlegung der theologischen Lehrstühle das Vorschlagsrecht der Fakultät berücksichtigt werden? Dieses altverwundene Recht der Fakultäten, dem wir nicht zuletzt die Blüte unseres Hochschulwesens zu verdanken haben, muß auch für die theologische Fakultät gelten, und ich müßte dieses Recht der Fakultät wahren. Doch unter Umständen dieses Recht ignoriert wird, hat die Hochschulverwaltung gesagt bei der Berufung eines konservativen Gelehrten. Es handelte sich dabei um 2 Lehrstühle für Dogmatik und da lag nichts näher, als sie mit Männern verschiedener Richtung zu besetzen. Das lag nun anders bei den anderen Lehrstühlen. Doppelbesetzungen waren hier nicht möglich, sie führen zu Schwierigkeiten, die darin liegen, daß Differenzen gar nicht zu vermeiden sind, die insbesondere dann hervortreten, wenn es sich um die Verlegung neuer Lehrstühle handelt. Wenn man die Frage aufwirft, ob die Regierung auch jetzt wieder gegen die Fakultät einen positiven Gelehrten berufen sollte, so lag der Gedanke sehr nahe, daß eine gewisse Homogenität der Fakultät vorhanden sein sollte. Diese Homogenität liegt nicht darin, daß die Mehrheit der Fakultät ausgeprochen liberal sei. Das war nicht der Fall. Die Regierung war bemüht, in den letzten Jahren Männer zu berufen, von denen sie der Ansicht war, daß sie durchaus einer vornehmenden Richtung angehören. Es sind sehr scharfe Meinungen in einem Klatt gefallen, das auch Freiherr von La Roche zitiert hat, auch gegen den Oberkirchenrat. Ich glaube, wenn die Regierung nach Erwägung aller Verhältnisse auch in diesem Fall nicht Parteimänner, sondern Männer von verschiedener Richtung wählte, so hat sie ihre Pflicht erfüllt; sie hat auch ihre Pflicht erfüllt gegen die Oberkirchenbehörde. Darauf muß ich näher eingehen, weil in der positiven Presse ein Ton angeschlagen wurde, der für mich eine Beleidigung war. Es ist im Evangel. Korrespondenzblatt vom 15. Febr. dieses Jahres meine Rede in der Zweiten Kammer einer Kritik unterzogen worden. Es sind verschiedene meiner Äußerungen wiedergegeben worden und daraus der Schluß gezogen, ich habe den Versuch gemacht und den Eindruck erwecken wollen, als ob die Oberkirchenbehörde hier einverstanden gewesen wäre. Es wird gesagt, der Minister habe nicht die ganze, sondern nur die halbe Wahrheit gesagt; außerdem habe er die Ansicht erwecken wollen, als ob er die Meinung der Oberkirchenbehörde zur Deutung für sein Vorgehen habe verwenden wollen. Das Verfahren des Ministers sei ein sehr ungewöhnliches gewesen. Aus diesem Artikel sind weitere hervorgegangen. Es sind auch Artikel gekommen, die von einer Ministerkrisis sprachen. Man hat auf meine Krankheit hingewiesen, die auch jetzt noch nicht ganz überwunden ist. Aus dieser Tatsache in Verbindung mit dem Artikel der Evangel. Korrespondenz für die Evangel. Konferenzen ist der Schluß gezogen worden, als ob der Minister wegen zu geringer Wahrheitsliebe von der Bildfläche habe verschwinden müssen. Es fällt mir schwer, in diesen Dingen in den Grenzen der Kritik zu bleiben. Es fällt mir schwer, mich mit dem Artikel nicht zu beschäftigen. Es wird mir vorgeworfen, als ob ich mich hinter dem evangel. Oberkirchenrat zu decken gesucht habe.

Ein derartiger Vorwurf ist eigenartig. Der Oberkirchenrat hat nur eine beratende Stimme. Er wird dem Oberkirchenrat nur Gelegenheit gegeben zur Äußerung seiner Wünsche. Es ist deshalb nicht möglich, sich hinter dem Oberkirchenrat zu verbergen! Es war nicht meine Sache, die Stellung der positiven Richtung, sondern die der Regierung zu vertreten. Er habe auf die Personalien nicht eingehen wollen. Wer aber die Tatsachen so genau kennt, hat, wenn er nicht blind sein wollte, aus meinen Äußerungen herauslesen müssen, daß im Enderfolge eine Uebereinstimmung mit der Oberkirchenbehörde erzielt worden ist. Es waren zwei Lehrstühle zu besetzen, der eine für praktische Theologie. Diese Besetzung wurde im alsbaldigen Einvernehmen mit der Oberkirchenbehörde erledigt. Der Vorwurf richtet sich aber hauptsächlich gegen die Besetzung des Lehrstuhles für das Alte Testament. Er wisse nicht, wie hier der Gegenstand besonders herbeizureden sollte. Es waren zwei Männer vorgeschlagen. Bezüglich des ersten war eine direkte Besetzung durch den Präsidenten der Oberkirchenbehörde erfolgt, da sein Verhalten verlegend wirken müßte. Ich habe eine Schrift von ihm gelesen und gefunden, daß er ein sehr frommer Mann ist. Man war die Hochschulverwaltung vor die Frage gestellt, welcher Gelehrte zu wählen sei und da hat der Präsident des Oberkirchenrats den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Lehrstuhl mit einem Mann der positiven Richtung besetzt werde. Meine Entscheidung ist dahin ausgefallen, daß ich die Verantwortung nicht dahin übernehmen könne, einen Mann zu ernennen, der von der Mehrheit der Fakultät nicht akzeptiert werden ist. Das ist mein Standpunkt, solange ich an diesen Besetzung stehe, daß im Rahmen des Vorschlags der Fakultät die Ernennungen erfolgen sollen. Dann hat nochmals eine mündliche Verhandlung mit dem Oberkirchenratspräsidenten stattgefunden, wobei der Präsident nochmals seinen Standpunkt zum Ausdruck brachte und dann unter den zwei noch auf der Liste stehenden den nun Ernannten bezeichnet hat. So haben sich die Dinge vollzogen. Und diesen Tatsachen gegenüber wagt man mich nun der Ueige zu beschuldigen! Ich frage, ob ich nicht berechtigt war, das zu sagen, was ich der Oberkirchenbehörde gesagt habe. Die Regierung ist der positiven Richtung im weitestgehenden Maße entgegengekommen und ich frage, ob ich nicht sagen darf, daß im Endergebnis eine Uebereinstimmung mit dem Oberkirchenratspräsidenten erfolgt ist. Ich darf auch hervorheben, daß die Verhandlungen in der freundschaftlichsten Weise stattgefunden haben. Ich möchte nur eine Bitte aussprechen nach der Seite der Konservativen: Ich bitte, diese Sache nicht zu einem Streit auszugestalten, nicht sie früher, wieder zu einem Angriff gegen die berufenen Lehrer, vor allem nicht wie die „Ev. Korresp.“ gesagt hat: „Unter solchen Umständen können wir unsere Ehre nicht mehr nach Heidelberg schicken.“ Ich bitte, die Sache doch in einer gegänglichen Weise zu behandeln. Auch das Wort, die jungen Leute werden doch etwas Lütliches lernen, ist mir falsch ausgelegt worden. Ich will heute meine Ansicht dahin aussprechen, daß die theologische Fakultät die jungen Leute zu nützlichen und tüchtigen Gliedern der Kirche ausbilden wird. Man sollte nicht aus einseitigem Parteipatriotismus die Fakultät in Verurteilung bringen. Ich bitte, Frieden wachen zu lassen.

Virgernermeister Reih: Das Bildungsproletariat, das eine wissenschaftliche Bildung erlangt habe, aber sein Brot nicht verdienen könne wegen der Konfirrenz, werde durch die Vorträge nicht vermehrt. Diese Leute suchen dabei einen gewissen Lebensgenuss, den man ihnen nicht berargen sollte. Er wolle nicht verkennen, daß man sich in der Wahl der Thematata verreisen kann. In religiösen Fragen keine so große Mangelhaftigkeit! Wenn der historische Christus gerührt werde, die Realität des Christusbildes, das, was uns wertvoll ist an ihm, kann nicht zerstört werden.

Hier wird um 2 Uhr nachmittags abgebrochen und die Sitzung am nachmittags 4 Uhr vertagt.

Ueber die Nachmittagsitzung berichten wir morgen.

Kleine badische Chronik.
Wannheim, 25. Febr. Die Familie Lang hat anläßlich des 50jährigen Geschäftsjubiläum der Firma Lang für die hiesige Handelshochschule eine Million Mark gestiftet. — Die Gewerkschaft „Deutscher Kallier“ in Dornborn will auf den früheren Badoltemeier, Bemerkung Stenkeheim, einen neuen Hafen erstellen und hat zu diesem Zweck das Gelände aufgekauft.
Zur Tariff, Streit, und Boykottbewegung im Freiburger Brauereigewerbe.
Freiburg, 22. Febr. Gegenwärtig tobt in Freiburg ein Kampf, der von den Genossen iningenieurweise, und der mancher charakteristische Merkmale aufzuweisen hat. Am 31. Januar d. J. wurde zwischen dem vereinigten Brauereier einerseits und dem Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter (Abteilung Brauereiarbeiter) und dem Bund deutscher Brauereigenossen andererseits ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, der bedeutende Verbesserungen aufzuweisen hat. Großspurig wie die „Genossen“ nun einmal sind, erklärten diese bei Einleitung der Tarifbewegung, mit den Christlichen nichts zu tun haben zu wollen. Diese „Groschmittigkeit“ der „Genossen“ veranlaßte den christlichen Verband, mit dem Brauereigenossenverein gemeinsam vorzugehen, sollen nicht die Arbeiterintereessen auf schwerlich geschädigt werden. Nach viermonatlichen schwierigen Verhandlungen wurde, wie oben bereits mitgeteilt, der Tarif von den beteiligten Organisationen (die „Genossen“ ausgenommen) unterzeichnet.
Da die rote Brauereiarbeiter-Organisation die Stelle festzumachen sah, wie jener betriebe Kohlerber, so wurde nun in Verhandlungsartikeln, in Flugblättern und Beschlüssen ein wahres Indianergeheul über den angeblichen „Verrot der Christlichen“ angestimmt. Dabei verhält man wohlweislich, der Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Man verzieht beispielsweise mitzuteilen, daß man ein gemeinsames Vorgehen seitens der „Genossen“ rundweg abgelehnt hat. Man verzieht weiter zu sagen, daß man die Christlichen einfach an die Wand drücken wolle. Daß sich diese ihrer Dank wehren kann ihnen kein Kenich verdenken, es war das ihr gutes Recht. Wenn die „Genossen“ die Unterzeichnung des von den Christlichen abgeschlossenen Tarifes verweigerten, so war das ihre Sache. Auf alle Fälle aber hatten sie kein Recht, eine betriebliehe Maßnahme gegen den christlichen Verband zu initiieren, wie dies gegen den christlichen Verband in der Brauereiarbeit ausgeprochen und der Bohheit, der über die vertragschließenden Brauereier verhängt wurde, berührt die christlich organisierten Arbeiter in keiner Weise und ist nur ein Ausfluß des Nachbarnes, der den „Genossen“ bereits in Fleisch und Blut übergegangen ist.